

Verein 50plus outIn work Schweiz

Resolution der Generalversammlung vom 25. März 2015 in Luzern

Ohne Inländervorrang geht es nicht

Die steigende Anzahl älterer Erwerbsloser steht in klarem Zusammenhang mit der Personenfreizügigkeit. Aus der Analyse der Abstimmung vom 9. Februar 2014 geht zudem hervor, dass sich eine Mehrheit der älteren Stimmbürgerinnen und -bürger aus Angst vor Arbeitsplatzverlust oder Verdrängung durch billigere Arbeitskräfte aus dem Ausland für die Masseneinwanderungs-Initiative ausgesprochen hat. Ohne Inländervorrang wird sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt für die einheimische Bevölkerung weiter verschärfen. Wissen und Erfahrungen im Umgang mit dem Inländervorrang sind bei den Behörden bereits gegeben. Der Bundesrat wird gefordert, rasch zu handeln.

Das Anliegen nach einem Inländervorrang gegenüber der Europäischen Union ist **nicht Ausdruck von Fremdenfeindlichkeit**. Im Gegenteil. Dank des Standortvorteils ist es der Schweiz in den letzten Jahren gelungen, einen Teil des Personalbedarfs über die Abwerbung von Fachpersonal aus dem Ausland zu decken. Somit prellte sie deren Herkunftsländer, die zuvor die Ausbildungskosten berappten, indirekt um Millionen von Staatsgeldern. Aufgrund der fortschreitenden Alterung der Bevölkerung, die für alle Industrienationen zu der Herausforderung werden wird, sehen sich diese vermehrt zu Anstrengungen gezwungen, um die Abwanderung ihrer Fachkräfte zu verhindern.

Die Rückbesinnung der Nationen auf eine sorgfältige Pflege der eigenen Arbeitnehmenden birgt die Chance, sich gleichzeitig in Richtung einer nachhaltigen Postwachstumsökonomie zu entwickeln. Als Postwachstumsökonomie* wird eine Wirtschaft bezeichnet, die ohne Wachstum des Bruttoinlandsprodukts über stabile, wenngleich mit einem vergleichsweise reduzierten Konsumniveau einhergehende Versorgungsstrukturen verfügt. Das Konzept der Postwachstumsökonomie orientiert sich an einer Suffizienzstrategie und dem partiellen Rückbau industrieller, insbesondere global arbeitsteiliger Wertschöpfungsprozesse zugunsten einer Stärkung lokaler und regionaler Selbstversorgungsmuster. Enthalten sind zudem Ansätze der Geld- und Bodenreform.

Es ist ein offenes Geheimnis, dass sich sämtliche vom Bundesrat an die erste Konferenz für Alter und Arbeitsmarkt geladenen Sozialpartner – trotz klarem Fingerzeig vom 9. Februar – weiterhin gegen die Umsetzung des Inländervorrangs sperren. Darin liegt einer der Hauptgründe, warum wir uns dort als Teil der Babyboomer-Generation von den Sozialpartnern nicht vertreten, sondern verraten fühlen. **Wir bitten den Bundesrat hiermit erneut um direkte Teilnahme an der ersten nationalen Konferenz Alter und Arbeitsmarkt vom 27. April 2015.**

* Das Konzept der Postwachstumsökonomie wurde an der Oldenburger Universität u.a. von Prof. Nicko Paech entwickelt.